



NEUES aus BERLIN

MDB TINO CHRUPALLA IM DEUTSCHEN BUNDESTAG FÜR DEN LANDKREIS GÖRLITZ



DIE GROSSE PLACE
Überregulierung im
Handwerk
Seite 3

GEPLANTER WAHNSINN
Global Compact
for Migration
Seite 6

GEOPOLITIK
Gedanken zu Russland,
Österreich und Polen
Seite 10

KLARSTELLUNG
Was kann die AfD im
Bundestag erreichen
Seite 14



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leser,

ich freue mich, Ihnen hiermit die zweite Ausgabe meiner Zeitung „Neues aus Berlin“ präsentieren zu können. Über die vielen positiven Rückmeldungen zur ersten Ausgabe, insbesondere aus meinem Wahlkreis, habe ich mich außerordentlich gefreut. Wir haben jetzt noch einige Verbesserungen vorgenommen und uns Mühe gegeben, die Themen noch übersichtlicher zu präsentieren.

Inzwischen ist wieder viel passiert. Natürlich kann aber nur ein Bruchteil der Ereignisse, die uns täglich in Berlin beschäftigen, in der Zeitung abgebildet werden. Die wichtigsten Neuigkeiten vorweg: die Bundesregierung hat beschlossen, einen Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen einzurichten, in den ich als stellvertretendes Mitglied gewählt wurde. Dieses Ressort war bislang dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zugeordnet. Da aber offenbar größere Bauprojekte auf unser ohnehin schon sehr dicht besiedeltes Land zukommen, musste ein eigener Ausschuss geschaffen werden, der nun zum Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gehört. Ich bin sicher, dass es dazu in der nächsten Ausgabe Einiges zu berichten gibt.

Weiterhin große Sorge bereitet mir die Überregulierung im Handwerk, auf die ich in dieser Ausgabe noch einmal gezielt aufmerksam mache. AfD-Anträge werden im Plenum zwar fast immer abgelehnt, aber wir können doch immerhin öffentlich Druck aufbauen, indem wir unbequeme Dinge immer wieder zur Sprache bringen und nicht locker lassen.

Unsere momentan noch begrenzten Möglichkeiten der Politikgestaltung als Opposition habe ich aufgrund der großen Nachfrage in einem extra Beitrag noch einmal im Detail erläutert (S. 14).

Auf Trab gehalten haben uns auch die DSGVO, der Diesel, und natürlich immer noch die unbegrenzte Massenzuwanderung, die am 14.6.2018 sogar dazu führte, dass die CDU/CSU eine Sondersitzung einberief. Das Plenum wurde für mehrere Stunden unterbrochen, so etwas gab es noch nie in der Geschichte der BRD!

Es ist aber wichtig, hinter die Kulissen des Polit-Theaters zu schauen und zu verstehen, dass die Politik der offenen Grenzen wohl nicht auf dem Mist der Kanzlerin gewachsen ist, auch wenn sie diejenige ist, die in Deutschland dafür verantwortlich ist: auf internationaler Ebene gibt es nämlich Pläne, die die Kanzlerin nur vorbildlich umsetzt. Mehr dazu in dem Beitrag über die New Yorker Flüchtlingserklärung und den Global Compact of Migration - ein Thema, das uns auch in den kommenden Monaten beschäftigen wird.

Ihr *Tino Chrupalla*

WIRTSCHAFT

Die große Plage: Überregulierung im Handwerk

Seit August 2017 gelten neue Regelungen für die Mülltrennung auf Baustellen. Bauabfälle müssen noch auf der Baustelle getrennt werden und in speziellen Containern entsorgt werden. Selbstverständlich muss das alles auf etlichen Bogen Papier fein säuberlich dokumentiert werden.

Wer aus „technischen oder wirtschaftlichen Gründen“ den Müll nicht trennt, der muss das sorgfältig und ganz genau begründen, ansonsten drohen beachtliche Strafen: Für eine unvollständige Dokumentation kann man mit bis zu 10.000 Euro belangt werden, wer Abfälle falsch sammelt und nicht korrekt trennt muss mit Strafen bis zu 100.000 Euro rechnen. Wer also keine Strafgebühren riskieren will muss sehr viel Zeit investieren, um diese Auflagen zu erfüllen. Das ist eine Zumutung, denn wir alle wissen: Zeit ist Geld. In jedem Fall verursachen diese Regelungen enorme Zusatzkosten, die kleineren Unternehmen das Genick brechen können.

Um die Einhaltung der Verordnungen zu überprüfen (und die Strafgebühren einzutreiben) müssen neue Planstellen eingerichtet werden. Mit anderen Worten: für die Überwachung deutscher Bürger ist irgendwie immer Geld da. Der Staat könnte ja auch auf die Idee kommen, Stellen für Hilfsarbeiter zu schaffen, die den Handwerkern auf der Baustelle zur Hand gehen, um den Müll zu sortieren – wenn der denn wirklich unbedingt sortiert werden muss. Stattdessen muss der Handwerker in seiner Arbeitszeit die Abfälle trennen, oder der Unternehmer höchstpersönlich nach Feierabend.

Zertifizierungsverordnung EN 1090

Besonders unbeliebt bei Handwerkern ist auch die Zertifizierungsverordnung EN 1090 – das ist die DIN-Norm, die werkeigene Produktionskontrolle, die Herstellerzertifizierung und die CE Kennzeichnung für tragende Stahl- und Aluminiumbauteile, die als Bauprodukte in den Verkehr gebracht werden, regelt.

Diese gilt seit dem 1. Juli 2014, wurde aber schon im Dezember 2011 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie ersetzt die nationale DIN 18800-7.

Der offizielle Sinn dieser Normierung ist die Qualitätskontrolle und die Erleichterung des Warenverkehrs innerhalb Europas. Was Handwerker aber hier zu recht beklagen ist die Tatsache, dass die Qualität sich durch diese Maßnahmen gar nicht erhöht. Das Gegenteil ist der Fall. Abgestraft werden hier vor allem die kleinen Handwerker, die schon längst vor der Einführung von EN1090 auf Qualität und Kundenzufriedenheit bedacht waren und bedacht sein mussten: der deutsche Kunde ist ja im Grunde die beste Qualitätskontrolle, die es gibt, er hat

hohe Erwartungen und ist anspruchsvoll – ideologiesteuerte EU-Kommissare und Schreibtischtäter sind hier wohl kaum geeignet, pragmatische und sinnvolle Regelungen zu ersinnen. Interessanterweise gilt die Verordnung nicht für serielle Billigprodukte aus Drittländern, auch nicht für deren Montage. Das Ganze sieht also eher aus wie eine Schikanemaßnahme gegen europäische und vor allem deutsche Handwerksmeister, für die es immer eine Selbstverständlichkeit war, qualitativ hochwertige Produkte zu liefern. Das führt dann natürlich zu einer massiven Verteuerung, die sich keiner mehr leisten kann, sodass der Bauherr am Ende vielleicht tatsächlich auf serielle Billigprodukte aus China zurückgreift.

Wenn sämtliche Investitionen der Betriebe aus den letzten 50 Jahren nicht in Zertifizierungsmaßnahmen sondern in die Ausbildung von Fachkräften geflossen wären, dann würden wir heute ganz anders dastehen. Sie kennen es vielleicht auch aus Ihren eigenen Betrieben, diese Dinge betreffen schließlich nicht nur Handwerker: während man vor zehn Jahren noch 10% der Arbeitszeit mit Papierarbeit im Büro verbrachte muss man dafür heute 50% der Arbeitszeit aufwenden. Es kann aber nicht der Sinn der Sache sein, dass man seinem eigentlichen Beruf nur noch zur Hälfte nachgehen kann und für den Rest der Zeit zum Schreibtischklaven degradiert wird. Das ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht Unsinn, sondern es ist demotivierend und lähmt die Kreativität und die Freude an der Arbeit.



Abschaffung des Meisterbriefes

Zudem hat es die EU auch noch auf den Meisterbrief abgesehen. Das wird zwar so offen nicht zugegeben, und die Bundesregierung versucht krampfhaft, den Schein aufrechtzuerhalten, indem sie vorgibt, den Meister und die duale Ausbildung schützen zu wollen. Tatsächlich sind wir aber massiv bedroht von einer Absenkung der Qualitätsstandards. Seit der Reform der Handwerksordnung 2003/2004 wurde der Meister für 53 Gewerke abgeschafft.

Das Ziel war natürlich auch, dass minder qualifizierte Handwerker sich bei uns niederlassen und Geld verdienen können.

Jetzt versucht die Regierung massiv, die ausländischen

„Facharbeiter“, die seit 2015 zu uns gekommen sind, im Handwerk unterzubringen, mithilfe von Willkommenslotsen und allen erdenklichen Integrationsmaßnahmen. Die Handwerkskammern sind mehr oder weniger gezwungen, hier mitzumachen. Eine Studie von Anoushka Wasner, die wir in der Bundestagsbibliothek entdeckten, belegt den Umfang und den ideologischen Hintergrund dieser Maßnahmen.



Die Integration von Flüchtlingen ist auch eines der Hauptanliegen der Bundesregierung in Bezug auf das Handwerk im Nationalen Reformprogramm 2018. Ansonsten sind keine Bemühungen sichtbar, den deutschen Handwerker zu entlasten, und die Wirtschaftskraft des deutschen Handwerks zu würdigen oder gar zu fördern.

Nicht wirklich beruhigend ist die Tatsache, dass man selbst in Bundesländern wie Baden-Württemberg unter Bürokratie ächzt. Sogar im Schwarzwald schließen immer mehr Landgasthöfe, weil sie unter den Regulierungen aus Brüssel nicht mehr existieren können - und das in einer weltweit bekannten touristischen Region!

Aus diesen und anderen Gründen setze ich mich in der AfD dafür ein, dass die EU in ihre Schranken verwiesen wird. Ich plädiere für rigorosen Bürokratieabbau, damit Handwerker weiterhin gerne ihre eigentlichen Berufe ausüben können. Das Leben ist zu schade, um es in einem Jammertal aus Aktenbergen zu verbringen.

DSGVO: Ein Gesetz terrorisiert das Land

Am 7.6. habe ich im Plenum zur Datenschutzgrundverordnung gesprochen. Die Medien überschlugen sich mit Berichten zum Thema, in der Bevölkerung herrscht bis heute große Unsicherheit, wie man sich nun verhalten soll, ohne drakonische Strafen befürchten zu müssen: Darf man jetzt noch öffentlich fotografieren und filmen oder nicht? Wie weit geht der Datenschutz, wo endet die Meinungsfreiheit? Ich kenne einige Handwerker, die ihre Homepage abgestellt haben, weil sie sich keine Rechtsberatung leisten können und sich mit den Auflagen überfordert fühlen. Dazu kommt, dass selbst ein professioneller Anwalt keine verbindliche Rechtsauskunft geben kann.

Kurzum: An der Datenschutzgrundverordnung ist Vieles unklar und die Leute haben zu Recht Angst. Es war die AfD, die eine Aktuelle Stunde zum Thema im Bundestag erzwang. Die Debatte war sehr interessant - an die unqualifizierten und niveaulosen Zwischenrufe aus den Reihen der Altparteien habe ich mich inzwischen gewöhnt. Die regierenden Parteien mussten zugeben, dass sie Fehler gemacht haben. Lediglich Stephan Mayer von der CDU verhielt sich relativ uneinsichtig und leugnete die Tatsache, dass es ein Problem gibt. Von ihm hörten wir die üblichen Beschwichtigungsfloskeln, die man auch von der Kanzlerin kennt und die schließlich dazu beigetragen haben, dass die AfD jetzt im Bundestag sitzt. Genau diese Beschwichtigungsrhetorik und Schönfärberei führt dazu, dass man sich von der CDU nicht mehr ernst genommen fühlt.

Die Bundeskanzlerin hat ja bereits verlautbaren lassen, dass sie nicht vorhat, Änderungen an dem Gesetz vorzunehmen. Stattdessen will sie „wirklich genau hinsehen“, wie Verbraucher, Unternehmen, Verbände und Behörden sich verhalten. Jetzt mal ehrlich: hört sich so eine Regierung an, die ihre Bürger ernst nimmt? Genau hinsehen, wie sich die Leute verhalten? Für mich klingt das eher nach Sozialexperiment. Wie übrigens so vieles, was in diesem Lande gerade läuft... Jedenfalls werte ich die Tatsache, dass wir die bedrohliche Seite der DSGVO zur Sprache gebracht haben, als Erfolg. Ich bin gespannt wie es weiter geht. Auch wenn es die Altparteien ungerne zugeben und uns boykottieren wo sie können, an einer Sache können sie definitiv nichts ändern: AfD wirkt!

Meine Rede im Plenum für die AfD-Bundestagsfraktion finden Sie auf meiner Webseite in der Mediathek: <https://tinochrupalla.de/mediathek>

Diesel, Benziner oder Elektroauto?

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.2018 sind Diesel-Fahrverbote bei Überschreitung der Stickoxidgrenzwerte zulässig. Dieselfahrzeuge, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen, könnten somit künftig aus Innenstädten verbannt werden.

Hintergrund sind die von der EU willkürlich festgesetzten Grenzwerte für Stickoxide (NOX) im Straßenverkehr in Höhe von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Im Vergleich hierzu ist am Industriearbeitsplatz ein Grenzwert in Höhe von $950 \mu\text{g}/\text{m}^3$ zulässig.



Hans-Werner Sinn hat sich in der Wirtschaftswoche 15 vom 6.4.2018 zur Diskussion um die Stickoxide wie folgt geäußert: „Begonnen hat alles damit, dass die US-amerikanische Umweltbehörde um das Jahr 2017 die NOX-Grenzwerte für kleine Dieselmotoren dramatisch verschärfte, um die eigenen Hersteller vor der damals beginnenden Dieselloffensive europäischer Hersteller zu schützen. Wie sonst ist zu erklären, dass die stinkenden größeren Dieselmotoren der Trucks und Light Trucks ausgenommen wurden“.

Aufgrund der möglichen Fahrverbote droht Besitzern von Dieselfahrzeugen die faktische Enteignung. Besonders betroffen wären vor allem Pendler und Gewerbetreibende. Daher hat die AfD-Fraktion zur Drucksache 19/1213 die Überprüfung der europäischen Grenzwerte von Stickstoffdioxid beantragt. Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen. Auf das Ergebnis bin ich sehr gespannt.

Nicht nur dem Diesel sondern auch dem Benziner hat die EU den Kampf angesagt. Die EU beabsichtigt zur Senkung der CO₂-Emissionen die Festsetzung neuer Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für leichte Nutzfahrzeuge. Abgestellt wird hierbei auf die gesamte Fahrzeugflotte eines Herstellers.

Bei batteriebetriebenen Fahrzeugen wird zur Berechnung

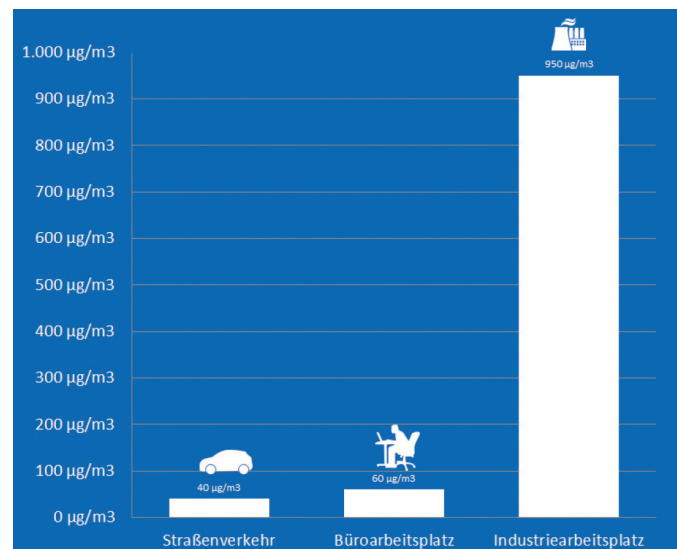
der Flottengrenzwerte der CO₂-Ausstoß mit Null angesetzt, obwohl bei der Produktion des benötigten Stroms durch Verbrennung von Kohle und Erdgas ebenfalls CO₂-Emissionen anfallen. Hersteller, die hauptsächlich Verbrennungsmotoren bauen, können die Flottengrenzwerte nicht einhalten und müssen hohe Strafzahlungen an die EU leisten.

Der Vorschlag der EU geht daher hauptsächlich zu Lasten der deutschen Automobilindustrie. Die AfD-Fraktion hat deshalb zur Drucksache 19/1376 beantragt, dass der Bundestag die Verletzung der Subsidiarität rügt, da nicht die EU sondern die jeweiligen Staaten für Regelungen in diesem Bereich zuständig sind. ALLE anderen Fraktionen haben aber abgelehnt, dass der Antrag überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Ich war geschockt, dass nicht einmal der CDU der wichtigste Wirtschaftszweig Deutschlands am Herzen liegt.

Obwohl die E-Mobilität nicht klimaneutral ist, es nicht genügend Ladestationen gibt und auch die ausreichende Beschaffung der für die Akkuherstellung benötigten Rohstoffe, wie z.B. Kobalt, nicht sichergestellt ist, arbeiten die Altparteien ohne Rücksicht auf Verluste weiter an ihrer Klimaideologie.

„Der Feinstaubgrenzwert ist eigentlich völlig widersinnig. Was wir mit den Messgeräten messen, ist zu 90% natürlicher Feinstaub, und an diesem Feinstaub ist niemand gestorben bisher – der ist seit Jahrmillionen in der Luft. Der Anteil der Diesel-Pkw daran ist so marginal, dass man ihn eigentlich gar nicht messen kann.“

Prof. Matthias Klingner, Leiter Fraunhofer-Institut für Verkehrssysteme



Grenzwerte für Stickoxide (NOX) im Vergleich: die Grafik zeigt, mit welcher Willkür die EU bei der Festlegung solcher Grenzwerte vorgeht

AUßENPOLITIK

Und es gibt doch einen Plan!

Die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten als Vorbereitung für den Global Compact for Migration

Bei meiner Veranstaltung im Wahlkreis mit Beatrix von Storch am 26.3.2018 habe ich auf den Global Compact for Migration aufmerksam gemacht, der als große Gefahr für das Fortbestehen der Nationen und Völker der Welt angesehen werden muss. Er soll noch dieses Jahr ratifiziert werden.

Ziel ist es, Migration zu steuern und zu koordinieren aber keineswegs einzudämmen oder zu verhindern. Im Gegenteil. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, dass die „Verschiebung ganzer Völkerschaften quer über den Erdball zur neuen Normalität erhoben“ werden soll, wie ich es in meiner Bundestagsrede am 22.3.2018 formulierte. In meiner Stellungnahme zu Angela Merkels Regierungserklärung bezog ich mich auf ihre ausdrückliche Unterstützung der IOM (Internationalen Organisation für Migration), die diesen Vertrag mit unterstützt.

Ein alarmierender Schritt in Richtung „Global Compact“ war die Verabschiedung der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten durch die UN-Vollversammlung am 19. September 2016, um die es in diesem Beitrag geht. Hier ist schon in Grundzügen sichtbar was mit dem Global Compact auf uns zukommt. Bei der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten handelt es sich im Wesentlichen um ein Paket von Verpflichtungen zur Verbesserung des Schutzes von Flüchtlingen und Migranten. Die 193 Mitgliedsstaaten verpflichten sich darin insbesondere dazu, im Laufe des Jahres 2018 auf einen globalen Pakt für Flüchtlinge (Engl.: Global Compact on Refugees) hinzuarbeiten.



Wenn man sich die entsprechende Broschüre der UN-Behörde UNHCR (zuständig für Flüchtlinge) durchliest, dann könnte man zunächst einmal den Eindruck bekommen, es handle sich bei dem geplanten Pakt um den Versuch, die Verwerfungen

der letzten Jahre rückgängig zu machen. Von den vier in der Broschüre genannten übergreifenden Zielen des Pakts scheinen gleich zwei darauf hinzudeuten, daß die UN die Absicht haben könnte, die Flüchtlingskrise tatsächlich zu beenden.

Diese zwei Ziele lauten wörtlich:

- Aufnahmeländer entlasten
- in den Herkunftsländern Bedingungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde fördern

Wer nun aber glaubt, die UN hätte eine Bewußtsein für die Probleme entwickelt, die aus den Flüchtlings- und Migrationsströmen gerade auch für die Aufnahmeländer entstehen, der wird schnell eines besseren belehrt, wenn er sich die New Yorker Erklärung einmal näher anschaut.

Dort finden wir unter Punkt 14 die Absichtserklärung der UN, eine „weltweite Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit“ durchzuführen. In dieser Kampagne sollen explizit nur „die positiven Beiträge“ der Flüchtlinge und Migranten zu den Aufnahmegemeinschaften hervorgehoben werden. Von etwaigen Problemen ist hier keine Rede.

Die New Yorker Erklärung liest sich stellenweise vielmehr wie eine Werbeschrift für eine weltweite, möglichst ungehinderte Migration. Diese sei im Interesse aller Beteiligten. Stellungnahmen zu der Tatsache, daß Migration auch unerwünschte Folgen zeitigen kann, muß man in der 25-seitigen und eng bedruckten Erklärung mit der Lupe suchen. Und selbst diejenigen, die man findet, werden gleich wieder relativiert. So nimmt sich die UN zum Beispiel in Punkt 43 vor, die vielgenannten Fluchtursachen zu bekämpfen:

„Wir werden zusammenarbeiten, um Bedingungen zu schaffen, die es Gemeinschaften und Einzelnen ermöglichen, in ihren Heimatländern in Frieden und Wohlstand zu leben.“

Es soll nun aber niemand glauben, das Ziel der UN sei es, Migration etwa in Hinblick auf die Probleme in den Aufnahmeländern einzudämmen. Vielmehr geht es darum, daß Migration „eine freie Entscheidung und keine Notwendigkeit sein“ sollte. Wann und unter welchen Bedingungen eine Entscheidung zum Auswandern „frei“ ist und wann eine „Notwendigkeit“, wird leider nicht näher ausgeführt. Es ist aber klar, daß Migration zu einer rein individuellen und unbeeinflussten Entscheidung gemacht werden soll. Angestrebt wird ganz offensichtlich ein Ideal, wonach es dem Ermessen jedes Einzelnen überlassen ist, wo er denn gerne leben möchte. Für diese Interpretation spricht, daß selbst solche Migranten, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, wenn möglich nicht abgeschoben werden, sondern „vorzugsweise auf freiwilliger Grundlage“ in ihr Heimatland zurückkehren sollen (Punkt 58). Es geht also keineswegs um eine Verminderung der Migration, sondern nur um deren Normalisierung.

Die Vereinten Nationen verkünden dann auch in Punkt 16 ihrer Erklärung, dass sie „eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern werden, unter anderem durch die Anwendung

einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Migranten werden ausdrücklich anerkannt.“

Auch die wenigen anderen Stellen der Erklärung, wo die Probleme der massenhaften Wanderungsbewegungen angedeutet werden, sind mit Vorsicht zu genießen. In Punkt 44 der Erklärung gibt die UN zu, daß es durchaus „Auswirkungen der Migration auf das Humankapital in den Herkunftsländern“ gebe. Die Auswanderung gut ausgebildeter Menschen stelle also ein Problem für die Herkunftsländer dar.

Die Antwort der Vereinten Nationen besteht nun aber nicht – wie man vielleicht naiv vermuten könnte – in einer Verhinderung oder Erschwerung der Migration. Schon in Punkt 46 hat die UN das Problem des sogenannten „Brain Drains“ nämlich wieder vergessen. Dort heißt es sogar ganz im Gegenteil: „Wir sind uns des Nutzens der Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer bewusst.“ Gemeint sind hierbei hauptsächlich die finanziellen Transferleistungen der Ausgewanderten zurück in ihre Herkunftsländer. Aufgrund dieser Zusammenhänge will die UN es den Ausgewanderten erleichtern, mit ihren Herkunftsländern in Kontakt zu bleiben, und vor allem dafür eintreten, daß Migranten „schnellere, günstigere und sicherere Überweisungen tätigen können.“ Der oben bedauerte Verlust des Humankapitals scheint demnach aufgewogen zu sein durch die Überweisung finanziellen Kapitals. Die Vereinten Nationen kommen also zu dem Schluß, daß ja eigentlich doch gar kein Problem besteht, und erklären: „Wir sind entschlossen, die Kosten der Arbeitsmigration zu senken.“

Besonders an diesem Beispiel wird klar, daß die Vision der UN auf nichts anderem beruht als auf Wirklichkeitsverweigerung. Es wird in keiner Silbe daran erinnert, daß ein großer Teil der Migration der letzten Jahre keine Einwanderung in den Arbeitsmarkt war. Wenn hier also von Überweisungen in die Herkunftsländer die Rede ist, dann müßte vorher geklärt werden, inwiefern es sich hierbei um Löhne handelt, die im Gastgeberland erwirtschaftet worden sind, oder ob es nicht vielmehr hauptsächlich Sozialleistungen sind, die hier zweckentfremdet werden. Unter solchen Bedingungen stellen die Transferleistungen nämlich sicherlich keinen Austausch dar, der für alle von Vorteil ist. Es findet dann lediglich eine unbeabsichtigte Umverteilung von den Aufnahmeländern wie Deutschland zu den Herkunftsländern statt.

Aber die Realität wird in der New Yorker Erklärung ohnehin konsequent ausgeblendet. Migration wird durchgängig als eine Wanderungsbewegung von arbeits- und integrationswilligen Individuen dargestellt, die für alle Beteiligten von Vorteil ist – natürlich auch für die Aufnahmeländer, wie diese charakteristische Passage aus Punkt 46 der Erklärung zeigt: „Migranten können auf positive und tiefgreifende Weise zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Aufnahmegesellschaften und zur Schaffung von globalem Wohlstand beitragen. Sie können in ihren

Aufnahmegesellschaften demografischen Trends, Arbeitskräftemangel und anderen Herausforderungen begegnen helfen und bereichern die Volkswirtschaften dieser Länder durch neue Kompetenzen und Dynamik.“

Von dem Geist der eingangs erwähnten Broschüre, wonach es zwei Hauptanliegen der UN seien, die Migrationsströme einzudämmen, ist hier nichts zu erkennen. Der Verdacht liegt nahe, diese Broschüre diene einzig der Augenwischerei. Die New Yorker Erklärung selber ließe sich in etwa so zusammenfassen: Migration ist gut und hilft allen. Deshalb wollen wir Migration erleichtern und gegen Migrationsgegner mit allen Mitteln kämpfen.



Der Erklärung scheint die wirklichkeitsferne Annahme zugrunde zu liegen, die ganze Welt bestehe nur aus Geschäftsinteressen, weswegen auch die Migration ausschließlich von diesem Blickwinkel aus beurteilt werden sollte. Ganz interessant ist in diesem Zusammenhang, daß es vom Weltwirtschaftsforum ein Positionspapier gibt, demgemäß eine weltweite Migration im Geschäftsinteresse der Unternehmen sei. Dort heißt es auf Seite 15, daß „effiziente und flexible Arbeitsmärkte dabei helfen, die Arbeiter den effektivsten Positionen in der Wirtschaft zuzuführen.“ Ungehinderte Migration sei also gut für die Wirtschaft, weil sie es ermögliche, die besten Leute in die besten Positionen zu bringen.

Weder in diesem Papier noch in der New Yorker Erklärung der UN findet sich ein Sterbenswörtchen darüber, daß es auch Wanderungsbewegungen in die Sozialsysteme gibt. Es wird stillschweigend davon ausgegangen, daß wir in einer Welt ohne Sozialsysteme leben. In einer solchen Welt würde Migration vielleicht tatsächlich hauptsächlich den Ausgleich auf den Arbeitsmärkten bewirken. In Wahrheit jedoch hat sich gerade in Deutschland die Einwanderung der letzten Jahre keineswegs als eine Einwanderung in den Arbeitsmarkt erwiesen, sondern als eine ungeheure Belastung der sozialen Kassen – und damit der deutschen Steuerzahler.

Weiterhin verdrängen sowohl das Weltwirtschaftsforum als auch die UN völlig, daß es in den Einwanderungsländern nicht nur geschäftliche Interessen gibt. Die Auswirkungen von

Masseneinwanderung auf die Kultur, die Sicherheit und das tägliche Zusammenleben in den Aufnahmeländern werden nicht thematisiert, scheinen mithin nicht zu existieren oder unbedeutend zu sein.

Es bleibt also festzuhalten: Mit dem geplanten Pakt für Flüchtlinge sollen keineswegs die Flüchtlings- und Migrationsströme verringert werden. Vielmehr geht es darum, die Flucht- und Migrationswege zu sichern, um weltweite Massenbewegungen zur neuen Normalität werden zu lassen. Ein solcher Pakt wäre nicht im Interesse Deutschlands und der westlichen Welt. Der amerikanische Präsident Donald Trump hat das erkannt und deswegen schon 2017 erklärt, sich nicht an diesem Pakt zu beteiligen. Der Pakt beeinträchtigt die Souveränität der Vereinigten Staaten und sei nicht mit deren Immigrationspolitik vereinbar. Auf eine ähnliche Erklärung der Bundesregierung wird man wahrscheinlich vergeblich hoffen – leider.



Deutschland ist inzwischen zweitgrößter Geldgeber des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)

Dank der Initiative meines Kollegen im Bundestag, Martin Hebner, ist die gesamte AfD-Fraktion für dieses Thema sensibilisiert, auch wenn die Presse kaum darüber berichtet. Wir werden auf Bundesebene alles in unserer Macht stehende tun, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Auch als Bürger können Sie einen Beitrag dazu leisten, Ihre Mitmenschen auf diese Pläne und Dokumente aufmerksam zu machen.

Auf die Anfrage der AfD-Fraktion an die Bundesregierung erhielten wir übrigens eine Reihe überwiegend nichtssagender Antworten, die in der Bundestagsdrucksache 19/1751 nachzulesen sind. Wir bleiben trotzdem am Ball und halten Sie auf dem Laufenden.

FAKTEN

Asylbewerber

Allein im Jahr 2016 wurden in Deutschland 722.303 Asylanträge gestellt und hiervon 60,3 % Prozent positiv beschieden. (Quelle: www.bamf.de)

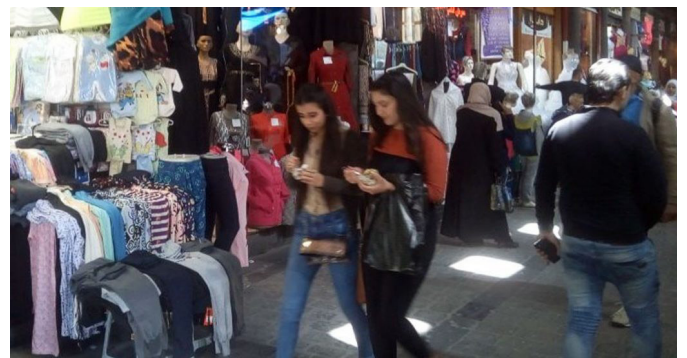
Da die abgelehnten Asylbewerber jedoch selten abgeschoben werden oder selbst ausreisen, leben inzwischen ca. 560.000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland.

AfD im Orient

Im März 2018 reiste eine Gruppe AfD-Abgeordneter nach Syrien. Prof. Dr. Harald Weyel war dabei und stand uns Rede und Antwort:

Herr Professor Weyel, Sie sind mit Parteikollegen der AfD nach Syrien gereist. Wie lange waren Sie dort, mit wem haben Sie gesprochen, und was haben Sie gesehen?

Unsere Syrienreise, die ja von Beginn an für Aufsehen sorgte, fand vom 5. bis 10. März statt. Organisiert wurde sie durch den nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Dr. Christian Blex, zu dem sich mit mir noch die Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann, Udo Hemmelgarn und Jürgen Pohl sowie der NRW-Landesverbandssprecher und Landtagsabgeordnete Thomas Röckemann und schließlich der Bezirkssprecher von Münster, Steffen Christ, gesellten. Wir wollten uns ein eigenes Bild der Lage in Syrien machen. Wir waren in Damaskus, Homs und Aleppo und haben dort mit verschiedenen geistlichen Würdenträgern und Inhabern öffentlicher Ämter gesprochen. Was wir gesehen haben ist ein zerrüttetes Land, in dem man teilweise eine weit größere ethnische und religiöse Vielfalt vorfindet als etwa im NATO-Land Türkei oder bei gewissen anderen arabischen US- bzw. West-Verbündeten. Manche Stadtviertel sind stark zerstört, andere völlig intakt. Der Schulbetrieb wurde in den meisten Fällen durchgehend aufrechterhalten. Die Regierung zahlte bspw. die Lehrergehälter auch in den unkontrollierten Gebieten weiter, so die Aussagen von Offiziellen. Eine Grundversorgung mit Lebensmitteln scheint fast überall gewährleistet. In den besuchten Städten gibt es ein Straßenbild mit Reklametafeln, regem Straßenverkehr, kleinen Geschäften und Restaurants.



Wie sieht die syrische Seite den Exodus der eigenen Bevölkerung nach Deutschland, wie steht sie zur Politik unserer Kanzlerin?

Ob weltliche Politiker, Verwaltungsleute oder Vertreter von Religionsgemeinschaften: Sie alle verbateten sich die Terrorfördernde Einmischung des Auslands. Die USA, England, Frankreich, Deutschland und andere „EU“-Protagonisten

mögen bitte alle aufhören, den Terror zu fördern und die Sanktionen aufheben. Der „Minister für Wiederaufbau und Nationale Versöhnung“, Ali Haidar, berichtete uns u.a. von rund 100.000 Repatriierungen (Rückführungen syrischer Flüchtlinge, Anm. d. Red.). Den Binnenflüchtlingen wird von Seiten der Regierung monatlich 150 USD zur Verfügung gestellt. Ein Thema, über das man im Merkel-Deutschland nicht besonders gern spricht, weil es die Ächtung der Assad-Regierung in Frage stellen würde. Außerdem sprachen sich sämtliche unserer Gesprächspartner dafür aus, dass die geflüchteten Syrer wieder heimkehren, damit sich diese am Wiederaufbau des Landes beteiligen.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse, die Sie aus Ihrer Besichtigung vor Ort gewonnen haben? Was hat Sie am meisten überrascht?

Bei einem Treffen mit S.E. Hammouda Sabbagh, dem Sprecher des syrischen Parlamentes, stellten sich die Abgeordneten v.a. des „Ausschuß für Arabische und Internationale Angelegenheiten“, geführt von einem christlichen Vorsitzenden, nach einführenden Grußworten reihum vor. Die syrischen Abgeordneten stellten sich nun fast alle nicht nur mit dem Namen, sondern zuvörderst mit ihrem Beruf regionalen Herkunft und Religion vor. Sie gehörten auch nicht alle der gleichen Partei an! Es gibt neben den Männern nicht nur Frauen mit und ohne Kopftuch, sondern diverseste Religionszugehörigkeiten (Sunniten, Schiiten, Alewiten, Kurden, Armenier, Drusen, Ismailiten, syr.-kath./orth./chald./aram. – sogar Presbyter usw.)!

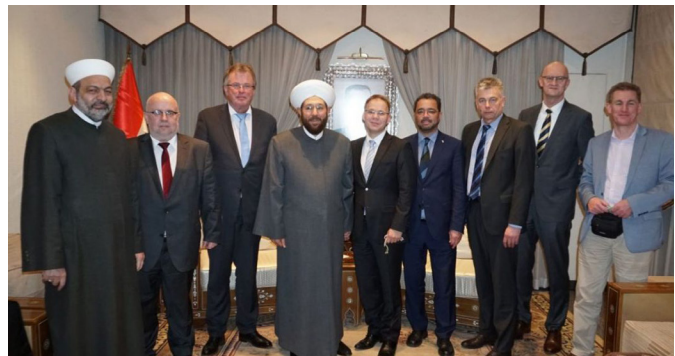


Dies überraschte wohl nicht nur mich durchaus angenehm. Solch echte „Vielfalt“ hatte ich wahrlich nicht erwartet – auch aus Deutschland ist man es letztlich nicht eben gewohnt. Dieser erste Eindruck einer grundlegenden religiösen Vielfalt in Syrien sollte sich nochmals verstärken. Nämlich beim Zusammentreffen mit über einem Dutzend hochrangiger Vertreter syrischer Religionsgemeinschaften am letzten Reisetag im befreiten Aleppo. Darunter waren ein römischer Kardinal und auch der Erzbischof von Aleppo. Der Vorstellungsrunde und dem Informationsaustausch folgte eine Besichtigung der sozusagen „klein aber fein“ gehaltenen

Parlamentsräumlichkeiten dieser ersten unabhängigen „Arabischen Republik“ nach 1945; in der Bildergalerie fand sich auch der verdienstvolle Ägypter Anwar al Sadat. Dem Gebäude fehlte von außen wie von innen alle modernistische Gigantomanie.

Wie sehen Sie jetzt, nach der Reise, die Berichterstattung über Syrien in den deutschen Medien?

Besonders lehrreich fand ich gleich unseren ersten (halb) offiziellen Gesprächstermin mit dem promovierten Literaturwissenschaftler und Großmufti von Damaskus und ganz Syrien, Ahmad Badr al-Din Hassoun. Ihn umgibt eine sanfte menschliche Aura, und in der Vergangenheit (vor 2011) war er schon zu Gast in Brüssel und Berlin. Die Adenauer-Stiftung der CDU porträtierte ihn noch 2010 als einen dermaßen gemäßigten (sunnitischen) Religionsvertreter, daß gewisse Feinde ihm sogar seinen Glauben absprechen wollen.



Anders nach unserem Treffen, wo ihn dann deutsche und andere „West“-Medien zum „Terror-Paten“ stempeln wollten, indem sie in gewohnter Manier eine Rede aus dem Zusammenhang reißen, um ausgewählte Passagen oder Teilstücke dann mit 180-Grad-Negativwendung neu zu präsentieren. Uns gegenüber vertrat er keine anderen als aufgeklärte Positionen, etwa die von der Notwendigkeit der Trennung von Staat und Religion; überall auf der Welt übrigens! Wie absurd die hierzulande übliche Schwarzweißmalerei angesichts der vielfältigen Wirklichkeit in Syrien ist, zeigte schließlich der nächste Tag. In einem Kloster nahe des Damaszener Großbazzars trafen wir uns mit einem älteren Mönch und Stellvertreter des syrisch-orthodoxen Patriarchen von Damaskus und erfuhren nebenbei, daß er persönlich ein Cousin des Großmuftis ist, den er regelmäßig trifft!

Aufschlussreich war natürlich auch die allgemeine Hysterie, mit der die Reise von unseren Medien begleitet wurde. Diese machen sich ja schon längst kein eigenes Bild der Lage in Krisengebieten mehr. Das war letztendlich auch der Auslöser für unsere Eigeninitiative.

Geopolitik

Für eine neue Partei wie die AfD ist es eine wichtige Aufgabe, sich auch außenpolitisch zu positionieren. Das ist nicht immer einfach, denn außenpolitische Fragen und internationale Beziehungen sind im Vergleich zur Innenpolitik nicht weniger komplex und vielschichtig. Die AfD ist entschlossen, mit Mut und Selbstbewusstsein und mit dem nötigen Maß an diplomatischem Geschick deutsche Interessen auch im Ausland wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Wenn man sich den aktuellen Haushaltsplan genauer anschaut, bekommt man den Eindruck, dass Deutschland außenpolitisch vor allem eine „Scheckbuch-Diplomatie“ betreibt. Aber dazu ein anderes Mal. Aktuell ärgere ich mich immer wieder über die Priorisierung von Partnern, die uns nicht unbedingt wohl gesonnen sind, und die Vernachlässigung der Pflege von Beziehungen, die für uns von großem Nutzen wären. Unsere Nachbarn sind da klüger.

Da ist zunächst der Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Österreich, übrigens der erste Auslandsaufenthalt Putins nach seiner fulminanten Wiederwahl vor einigen Wochen. Demonstrativ zelebrieren Österreich und Russland ihre enge Verbundenheit und verlängern den Vertrag über Erdgaslieferungen bis zum Jahr 2040! Der Erdöl- und Erdgaskonzern OMV, eines der größten Unternehmen unseres Nachbarlandes sieht in „unseren russischen Partnern seit 50 Jahren einen Garant für sichere Energielieferungen.“

Was machen wir? Wir beteiligen uns lieber am US-geführten Manöver „Säbelhieb“ mit 18.000 Soldaten und freuen uns über das Seemanöver „Baltops“ mit 43 Schiffen, 60 Flugzeugen und nochmal 5000 Soldaten. Und natürlich finden die militärischen Muskelspiele unmittelbar an der russischen Grenze statt. Wie wäre denn die Reaktion der Amerikaner, wenn sich beispielsweise russische oder chinesische Truppen in Mexiko oder gar vor der New Yorker Küste zu gemeinsamen Manövern trafen?

Ich bringe es mit zwei Kernaussagen auf den Punkt: Erstens lassen sich Europa und insbesondere Deutschland wieder einmal mehr vor den geopolitischen Karren der USA spannen. Und zweitens ist die Zielstellung der Amerikaner doch eindeutig und seit langem bekannt: Die USA wollen ein normales, durch Vertrauen geprägtes Verhältnis zwischen Russland und Deutschland mit allen Mitteln verhindern.

Es gibt aber mindestens noch einen Mitspieler, der ein konstruktives deutsch-russisches Verhältnis sehr kritisch sieht. Das ist unser östlicher Nachbar Polen. Das Land ist bereit, mehrere Milliarden Dollar in eine dauerhafte US-Militärpräsenz zu stecken. Offenbar kein Problem für den mit Abstand größten Nettogeldempfänger der Europäischen Union! Deutschland ist übrigens der größte Nettozahler der EU. Genau genommen finanzieren wir selbst den Aufbau

dieser US-Militärpräsenz, die gegen deutsche Interessen gerichtet ist: nämlich einen „cordon sanitaire“ (Sperrgürtel), um eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland zu verhindern.



Polen als „Cordon Sanitaire“ (Trenngürtel) zwischen Deutschland und Russland - Der US-amerikanische Politologe George Friedman, der die geostrategische Denkfabrik „Stratfor“ leitet, hat immer wieder betont, dass das Bestreben der Amerikaner sein müsse, ein deutsch-russisches Bündnis zu verhindern, weil dies das Ende der anglo-amerikanischen Vorherrschaft in der Welt bedeuten würde. Deutschlands Technologie und Russlands Bodenschätze stellten im Verbund eine unschlagbare Wirtschaftsmacht dar. Die amerikanische Strategie sieht deshalb vor, einen „Cordon Sanitaire“ (Trenngürtel) vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee zu installieren, um eine Allianz zu verhindern.

Polen ist neben der Ukraine auch größter Gegner des deutsch-russischen Gemeinschaftsprojekts Nord Stream 2, einer 1220 Kilometer langen Erdgasleitung, parallel zur bereits bestehenden Röhre durch die Ostsee und ankommend in Greifswald. Dabei bemühen die Polen im Gegensatz zu den Ukrainern andere Gründe zur Ablehnung. Polen möchte nicht noch mehr russisches Erdgas in Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen. Die Ukraine dagegen sieht ihre Felle infolge fehlender Durchleitungsgebühren davon schwimmen.

Und genau an dieser Stelle wünsche ich mir wieder einmal mehr eine neutrale und voll umfängliche Berichterstattung. Polen betreibt seit geraumer Zeit einen völlig neu errichteten Flüssiggas-Terminal im Hafen von Swinemünde. Verflüssigtes Gas hat ein geringeres Transportvolumen und kann mit Tankschiffen in großen Mengen u.a. aus der USA und Katar importiert und in europäische Netze eingespeist werden. Die dahinter stehende Zielstellung ist demnach eindeutig: Polen möchte sich mit den Amerikanern große Teile des europäischen Erdgasmarktes sichern.

Besondere Brisanz bekommt der Konflikt jedoch durch ein Vorhaben der Polen, von dessen Inhalt gegenwärtig nicht

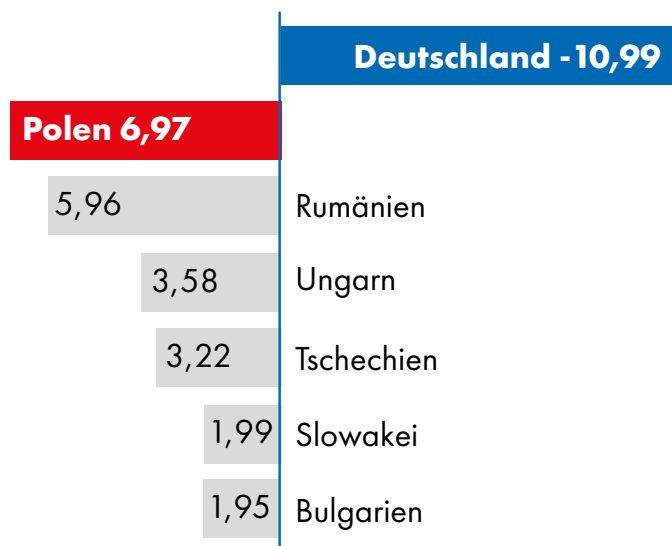
allzu viel, bewusst oder unbewusst, berichtet wird. Polen plant selbst eine eigene Ostseegasleitung „Baltic Pipe“ in Richtung Dänemark mit Anschluss an das norwegische Gasnetz. Während die EU den Bau des Swinemünder Terminals schon mit mehr als 300 Millionen Euro unterstützte, folgen nun weitere 33 Millionen für die polnische Leitung.



Deutsch-russische Projekte ablehnen und andererseits knallhart eigene Wirtschaftsinteressen verfolgen – ich denke, darüber muss dringend gesprochen werden. Ob Italienkrise, deutsche Exportüberschüsse, der Handelskrieg mit den USA und vieles andere mehr im außenpolitischen und Außenwirtschaftsbereich – es bleibt jedenfalls spannend und komplex.

Als Mitglied in der deutsch-russischen und in der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe werde ich Gelegenheit haben, mit den Kollegen aus den Parlamenten dieser Länder Kontakte zu knüpfen und mit ihnen in Dialog zu treten. Darauf freue ich mich.

Gerne diskutiere ich auch mit Ihnen über diese und andere Dinge bei meinen Veranstaltungen im Wahlkreis und freue mich über Zuschriften. Nur gemeinsam sind wir stark!



Auszug - Operative Haushaltssalden der Mitgliedsstaaten im EU-Haushalt, 2016 (in Milliarden Euro)

FAKTEN

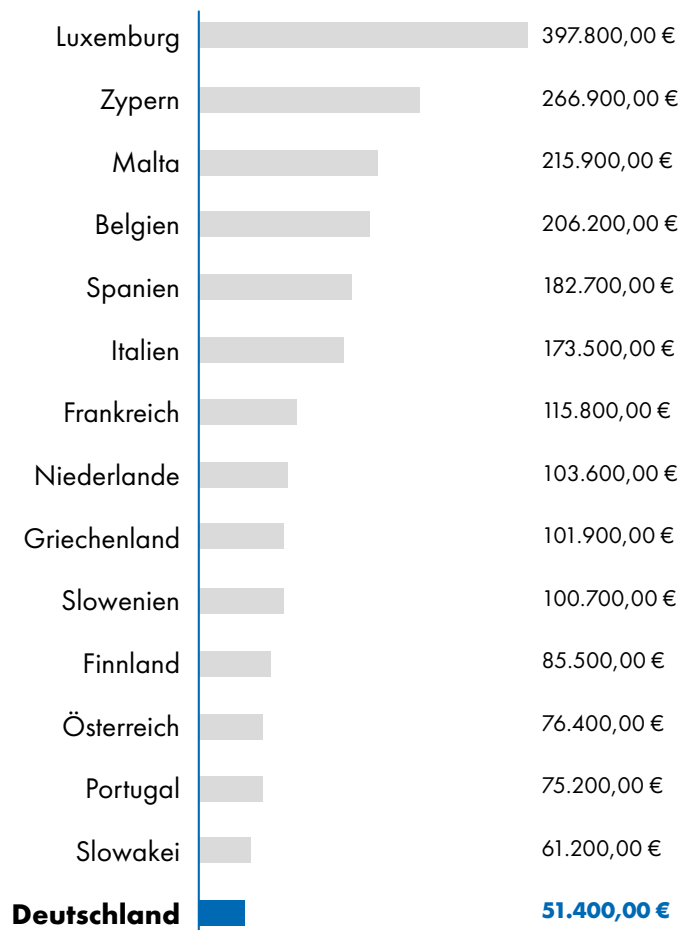
Deutschland ist doch kein reiches Land

Laut einer Erhebung der Europäischen Zentralbank aus dem Jahre 2010 beträgt das Medianvermögen deutscher Haushalte durchschnittlich 51.400 Euro.

Deutschland bildet damit das Schlusslicht in der EU. Grund dafür sei, dass viele Haushalte in südeuropäischen Ländern Eigenheimbesitzer sind, da der überwiegende Teil des erfassten Vermögens auf Grundbesitz beruht.

Während in Deutschland 44,2% der Haushalte Eigentümer ihres Ersten Wohnsitzes waren, waren es in Spanien über 80%. (Quelle: <https://bit.ly/2HPAAPv>)

Trotzdem bleibt Deutschland weiterhin der mit Abstand größte Nettozahler in der EU.



Median-Nettovermögen europäischer Haushalte (EZB, 2010)

INNENPOLITIK

Bund der Vertriebenen - schon längst keine patriotische Interessenvertretung mehr!

Beim Jahresempfang des BdV (Bund der Vertriebenen) 2018 war die AfD zahlreich vertreten. Unsere Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, deren Familie 1945 auch aus Schlesien fliehen musste, war zu Beginn auch noch dabei, wurde vom amtierenden BdV-Präsidenten Bernd Fabritius aber nicht namentlich begrüßt (im Gegensatz zu allen anderen) und verließ die Veranstaltung aus Protest.

Von der Kanzlerin hörte man die üblichen Heucheleien einschließlich zahlreicher unerfreulicher Verquickungen der deutschen Vertriebenen-Thematik mit den aktuellen Migrationsströmen aus Nahost und Afrika. Die CDU hat ja neuerdings das Thema Heimat wiederentdeckt, das wurde auch an diesem Abend sichtbar. Ich zitiere aus ihrer Rede:

„Heimatsbewusstsein ist uns auch deshalb so wichtig, weil es etwas mit Selbstbewusstsein zu tun hat. Heimat ist Teil persönlicher Identität. Heimat ist zugleich Zugehörigkeit. Sie bedeutet Zusammenleben und Zusammenhalt in einer Gemeinschaft, die sich gleichen Werten verpflichtet sieht. In diesem Sinne sind unter Heimat nicht nur bestimmte Orte und Landschaften zu verstehen. Es geht auch und vor allem um Menschen und ihre Gemeinschaft, um ihre Sehnsucht nach einem friedlichen und gedeihlichen Miteinander.“

Das ging runter wie Öl, und man war doch recht erstaunt über diese patriotischen Töne. Hatte die Kanzlerin etwa endlich verstanden, dass Menschen eine Heimat brauchen, und dass auch Deutsche ein Recht auf Heimat haben? Oder sagte sie das nur, um sich die Gunst heimatvertriebener Wähler zu sichern? Weiter zitierte sie Papst Franziskus, um ihre neusten Erkenntnisse zu untermauern:

„Das ließ auch Papst Franziskus in seiner Grußbotschaft zum Tag der Heimat 2017 anklingen – ich möchte ihn zitieren: „Der Sehnsucht der Menschen nach Heimat, nach Geborgenheit und Überschaubarkeit Raum zu geben, ist eine Grundaufgabe jeder Politik.“

Eine schöne Erkenntnis, der wir vollumfänglich zustimmen. Wann allerdings Frau Merkel ihre „Grundaufgabe“ wahrzunehmen gedenkt, nämlich dem Deutschen Volk die Heimat zu bewahren, wurde aus dem Vortrag nicht so recht deutlich.

Stattdessen fokussierte sie, wie zu erwarten, mal wieder gleich auf die Heimatsehnsucht der neuen Flüchtlinge:

„Papst Franziskus schreibt uns diese politische Aufgabe zu einer Zeit ins Stammbuch, in der weltweit so viele Menschen auf der Flucht sind wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Niemand gibt seine Heimat leichtfertig auf. Auch zu uns nach Deutschland sind viele geflohen, oft unter Todesgefahr, weil sie sich in ihrer Heimat ihrer Zukunft beraubt sahen. Diejenigen, die deshalb länger oder für immer bei uns bleiben werden, sollen bei uns auch ein neues Zuhause finden können.“

Typisch! Hauptsache alle anderen fühlen sich bei uns zuhause, auch wenn wir uns dann hier nicht mehr zuhause fühlen. Aber wir haben ohnehin längst erkannt, dass Frau Merkel und ihre Partei unsere Interessen nicht vertritt, genauer: mit Füßen tritt. Es ist sicherlich schmerzhaft für die Millionen von Heimatvertriebenen, eine Stammwählergruppe der CDU, sich dies einzugestehen.

Erfreulicher war meine Begegnung mit dem Vorsitzenden der schlesischen Landsmannschaft, Stefan Rauhut, der übrigens auch gebürtiger Görlitzer ist. Wir haben uns für ein Treffen in Görlitz verabredet, bei dem wir uns unter anderem über die „Niederschlesische Oberlausitz“ unterhalten wollen.



Mit meinen Kollegen (von links): Enrico Komning, Jens Maier, Harald Weyel und Corinna Miazga.

„Guter“ und „böser“ Extremismus - oder wie die Bundesregierung mit zweierlei Maß mißt.

Ein Gastkommentar von Stephan Brandner

Die sogenannte „große Koalition“ der vergangenen Legislaturperiode hatte - ganz offenbar - ein Faible für die Bekämpfung von „Extremismus“. Dafür nahm sie viel Geld in die Hand - wie viel jeweils, hing aber von der Form und der politischen Richtung des Extremismus ab. Gegen den Linksextremismus, hatte - und hat! - man in Regierungskreisen wenig einzuwenden. Das verwundert kaum. Linksextrem - und damit nichts anderes als ein asozialer Straßenschläger - zu sein, das gilt immer noch als schick, auch nach den terroristischen Ausschreitungen um den G20-Gipfel in Hamburg. Gerade einmal rund 1,5 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt hatte die Regierung im vergangenen Jahr für die „Bekämpfung“ dieses liebgewordenen Extremismus übrig. Das klingt im ersten Moment nach viel Geld, ist aber lediglich ein Hundertstel (!) der Mittel, die die Bundesregierung im gleichen Jahr für den „Kampf gegen Rechts“, ausgab. Hier ist seit dem Jahr 2013 ein Anstieg von 46,4 Millionen Euro auf 116,5 Millionen Euro - pro Jahr! - zu verzeichnen.



Wohin all das Geld fließt? Zu den Subventionierten gehört zum Beispiel die durch die ehemalige Stasispitzlerin Annetta Kahane geführte Amadeu-Antonio-Stiftung, die seit dem Jahr 2010 insgesamt 3,6 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt erhalten hat. Im Wesentlichen beschäftigt sich diese sogenannte „Stiftung“ damit, diffamierend gegen die AfD zu pöbeln und mit ihren Publikationen massive Hetze gegen unsere Partei zu verbreiten. Die Förderung einer solchen Organisation aus Steuermitteln ist nicht weniger als skandalös und muß - ohne Wenn und Aber- beendet werden. Eins muß klar sein: Gegen Extremismus - egal welcher Couleur - ist vorzugehen. Dabei darf aber nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Guten und bösen Extremismus gibt es nicht.

Die Bundesregierung nutzt aber Steuermittel, um gegen demokratisch legitimierte Meinungen, die ihr schlicht und einfach nicht in den Kram passen, vorzugehen und durch Dritte vorgehen zu lassen. Gerade der sogenannte „Kampf gegen Rechts“ ist ganz überwiegend ein Krampf und Kampf gegen

alles Vernünftige, Bürgerliche, Patriotische, Freiheitliche und Konservative. Eine solche Parteilichkeit ist einer Demokratie nicht würdig und muss schnellstens beendet werden.

Ergänzung der Redaktion:

Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD ergab, betrug die Fördersumme aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ im Jahr 2017 insgesamt 104,5 Millionen Euro.

Im Landkreis Görlitz wurde das Programm im letzten Jahr in Höhe von 100.000,00 Euro gefördert. Die Trägergesellschaft für den Landkreis Görlitz ist die Hillersche Villa gGmbH. Wer mehr wissen möchte, sei auf die Bundestagsdrucksache 19/1012 verwiesen (<https://bit.ly/2JGFdKI>).

FAKTEN

Die Macht der SPD in den Medien

Wundern Sie sich manchmal über die AfD-feindliche Berichterstattung in den Medien, z.B. in der Sächsischen Zeitung?

Kein Wunder. Denn die SPD ist zu 100 % Eigentümerin der DDVG (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft), bei der es sich um eine Medienbeteiligungsgesellschaft handelt und die über das Dresdner Druck- und Verlagshaus mit 40 % auch an der Sächsischen Zeitung und der Morgenpost Sachsen beteiligt ist. Dieser Anteil genügt, um den Kurs der Zeitung maßgeblich zu bestimmen. Laut Wikipedia kommt die DDVG als Verlagsgruppe mit den ihr zuzurechnenden Tageszeitungen auf eine anteilige Gesamtauflage von rund 435.000 Exemplare.

Neben Meinungsmache steht auch die Unterdrückung anderer Meinungen auf der Tagesordnung der SPD. Noch vor dem Einzug der AfD in den Bundestag wurde mit nur 40 anwesenden Abgeordneten das durch Heiko Maas initiierte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), auch bekannt als Zensurgesetz, erlassen. Angeblich richtet sich das Gesetz gegen Hetze im Netz, in Wirklichkeit ist es wohl eher ein probates Mittel, um regierungskritische Meinungen im Netz zu löschen. Damit ist es ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, und das ist kein gutes Zeichen für eine Demokratie.

Die AfD-Fraktion hat am 20.11.2017 zur Drucksache 19/81 einen Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes in den Bundestag eingebracht.

Klarstellung

Was kann die AfD im Bundestag erreichen?

Bei vielen Veranstaltungen werde ich gefragt, welche Ziele aus dem Wahlprogramm bereits umgesetzt wurden, seitdem die AfD im Bundestag sitzt.

Dazu ist zunächst zu sagen, dass die AfD als Opposition nicht in der Regierung ist. Für alle Entscheidungen ist eine Mehrheit notwendig, die die AfD aber nicht hat.

Dazu kommt, dass die Bundestagfraktion von CDU/CSU ihren Mitgliedern ein Kooperationsverbot mit der AfD auferlegt hat. Das bedeutet, dass auch bei inhaltlicher Übereinstimmung in konkreten Sachfragen gegen die Anträge der AfD gestimmt wird!

Dies ist zutiefst undemokratisch und zeigt, dass es der CDU nicht darum geht, die Probleme in unserem Land zu lösen.

Was wir tun können ist, die uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel zu nutzen. Dies sind:

- Reden im Plenum
- Kleine und Große Anfragen an die Regierung
- Einzelfragen an die Regierung
- Aktuelle Stunde initiieren
- Gesetzesinitiativen
- Entschließungsanträge (Anträge auf Änderungen zu Gesetzesvorschlägen der Regierung)
- Selbständiger Antrag, um Themen auf die Tagesordnung zu bringen

Auch wenn unsere Anträge von den Altparteien abgelehnt werden, können wir Auskünfte von der Regierung verlangen, die anderen Parteien zwingen, sich zu positionieren und öffentliche Debatten zu Themen anstoßen, die bisher unter den Tisch gefallen sind. Manchmal werden unsere Themen sogar vom politischen Gegner übernommen, natürlich ohne dass man dabei auf uns Bezug nimmt.

Es fällt aber auf, dass das Handwerk auch bei Politikern anderer Parteien wieder in „Mode“ gekommen ist, seitdem ich mich dafür stark mache.



Auch die Beantwortung unserer Fragen an die Bundesregierung lässt häufig zu wünschen übrig. Die Antworten sind bisweilen so knapp, dass sie an Oberflächlichkeit kaum zu übertreffen und man so viel weiß wie vorher.

Entscheidende Änderungen wird es aber erst geben, wenn wir eine regierungsfähige Mehrheit erringen; vielleicht im Land Sachsen schon im Jahr 2019. Weiter hinten gehe ich nochmal darauf ein, was Sie tun können um daran mitzuwirken.

Herrschaft des Unrechts

AfD-Fraktion klagt vor Verfassungsgericht

So lautet der Titel der Pressekonferenz vom 18.05.2018, die die AfD-Fraktion anlässlich der von ihr eingereichten Klageschrift im Organstreitverfahren gegen die Bundesregierung gegeben hat. Bereits Horst Seehofer hat Merkels Entscheidung zur Grenzöffnung im Sommer 2015 als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnet, seinen Worten jedoch keine Taten folgen lassen.

Die AfD-Fraktion hat am 09.04.2018 unter anderem wegen der Verletzung der organschaftlichen Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages an der politischen Grundentscheidung über die laufende Einwanderung von Ausländern von außerhalb des Schengen-Raumes in die Bundesrepublik Deutschland geklagt. Die Klage richtet sich gegen die Bundesregierung, vertreten durch die Bundeskanzlerin.

Der Bundesregierung wird unter anderem vorgeworfen, dass sie ohne Parlamentsbeteiligung die Einreise von Asylbewerbern auch ohne gültigen Paß und ohne gültiges Schengen-Visum sowie die Einreise von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten fortwährend duldet. Das Bundesverfassungsgericht soll in seiner Entscheidung feststellen, dass durch die Duldung der Einreise von vorgenannten Personen die Rechte des Bundestages und dadurch zugleich das Gewaltenteilungsprinzip sowie der Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes (Art. 20 Abs. 2 und 3 GG) verletzt werden.

Die vollständige Klageschrift finden Sie unter <https://bit.ly/2t8OVkU>. Dort ist auch die Pressekonferenz auf Youtube verlinkt.

RÜCKBLLENDE

**AfD Demo Berlin**

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Bundestagsfraktion und tausenden von AfD-Anhängern und Sympathisanten aus ganz Deutschland demonstrierte ich am 27.4.2018 in Berlin gegen die Kanzlerin und für die „Zukunft Deutschlands“. Es gab auch 13 Gegendemos, laut Polizei nahmen daran mindestens 25.000 Menschen teil. Wir lassen uns davon aber nicht einschüchtern, die Avantgarde muss eben gegen den Strom schwimmen, das war schon immer so!

**Hambacher Fest**

Am 5. Mai 2018 fand das neue Hambacher Fest statt. Zu der Veranstaltung auf dem Hambacher Schloss hatte der Unternehmer Prof. Dr. Max Otte eingeladen. Patrioten aus ganz Deutschland waren angereist, um eine politische und geistige Kehrtwende einzuläuten. Jörg Meuthen, Thilo Sarrazin, Imad Karim und Vera Lengsfeld hielten Vorträge, Max Otte persönlich gab patriotische Lieder zum Besten – ein rundum gelungenes Fest für die richtige Sache.

Das historische Hambacher Fest von 1832 gilt als Symbol für den bürgerlichen Widerstand während der Restauration und zu Beginn des Vormärz. Damals wie heute wurde von den Festteilnehmern die Forderung nach Volkssouveränität, Freiheit und nationaler Einheit gestellt.



LOKALPOLITIK

Mut zur Wahrheit

Mut zum Mitmachen - ein Aufruf an meine Wähler

Erinnern Sie sich noch an den Wahlabend des 24. September 2017? Mit einem fulminanten Wahlergebnis von 32,9 Prozent verwiesen wir im Landkreis Görlitz die CDU mit 26,7 Prozent in ihre Schranken. Mit Ihrer Unterstützung gelang mir der Sprung direkt in den Deutschen Bundestag.

Auf Bundes- und Landesebene entwickelte sich die Alternative für Deutschland zum festen Bestandteil repräsentativer Demokratie in unserem Land. Sie ist aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Es ist kaum vorstellbar, dass es keine Opposition gäbe, die Themen, Fehlentwicklungen bis hin zu deren teils katastrophalen Auswirkungen für unser Land so prägnant und unnachgiebig zur Sprache bringt. Im Moment ist dies auch unsere Kernaufgabe. Opposition kontrolliert die Regierungsarbeit. Machen wir.

Aber Ausruhen geht nicht. Im Jahr 2019 stehen im Landkreis Görlitz die Neuwahl des Kreistages und in fast allen Gemeinden die Stadt- und Gemeinderatswahlen an. „Warum soll ich da mitmachen? Es ändert sich doch sowieso nichts. Es wird doch alles von oben bestimmt“ – diese Argumentation kennen wir alle. Sie ist über Jahre hinweg gewachsen, und nicht ganz ohne Grund.

Aber nun ist es an der Zeit, frischen Wind in die kommunalen Parlamente zu bringen. Sachverhalte zu hinterfragen, Ausgabenpositionen zu prüfen und auch einmal „Nein“ zu sagen.

Stellen Sie sich einfach dieses Drehbuch vor: Wir übernehmen im Jahr 2019 Regierungsverantwortung in Sachsen (mit diesem Ziel werden wir ganz klar in den Landtagswahlkampf gehen). Und dann haben wir nicht genügend Mitstreiter, um die Beschlüsse auf kommunaler Ebene umzusetzen. Dieses Szenario wollen wir uns gar nicht erst vorstellen. Deshalb brauchen wir Sie! Eine gehörige Portion Lebenserfahrung, Lust auf Mitgestaltung und Begeisterung dafür, Teil eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs zu werden, reichen als Einstiegsvoraussetzungen durchaus. **Trauen Sie sich!**

Um es in Zahlen zu benennen: 100 Kandidaten für die Kreistagswahlen und mehr als 400 Kandidaten für die Stadt/ Gemeinderatswahlen sind das Ziel. Verteilt über den gesamten Landkreis Görlitz wird da eine bunte Mischung aus Fähigkeiten und Fertigkeiten zusammenkommen und ich bin sicher, dass sich darauf gut aufbauen lässt.

Ob Mitglied in der AfD, Unterstützer oder bisher nur stiller Sympathieträger: Bitte zögern Sie nicht, sich jetzt ganz konkret einzubringen.

Die Sommermonate und damit die parlamentsfreie Zeit werde ich verstärkt nutzen, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Bitte kontaktieren Sie unsere Wahlkreisbüros (Übersicht siehe letzte Seite), schreiben Sie mir eine Mail oder rufen Sie einfach an. Ich freue mich darauf.

Ihre Ansprechpartner

Regionalgruppenleiter im Wahlkreis Görlitz

Der Kreis Görlitz ist in vier Regionalgruppen eingeteilt. Diese unterstützen den AfD Kreisvorstand Görlitz bei der Durchführung von Veranstaltungen, bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern und deren Betreuung, bei der Kandidatenfindung zu den Kommunalwahlen 2019, bei der Durchführung von Wahlkämpfen sowie mit Infoständen in den jeweiligen Städten und Dörfern.

Regionalgruppe 1 - WK 57 - Weißwasser

Ansprechpartner: Roberto Kuhnert

Mail: roberto.kuhnert@afdgoerlitz.de

Regionalgruppe 2 - WK 58 - Görlitz

Ansprechpartner: Hajo Exner

Mail: hajo.exner@afdgoerlitz.de

Regionalgruppe 3 - WK 59 - Löbau

Ansprechpartner: Andrea Binder

Mail: andrea.binder@afdgoerlitz.de

Regionalgruppe 4 - WK 60 - Zittau

Ansprechpartner: Jens Ruby

Mail: jens.ruby@afdgoerlitz.de

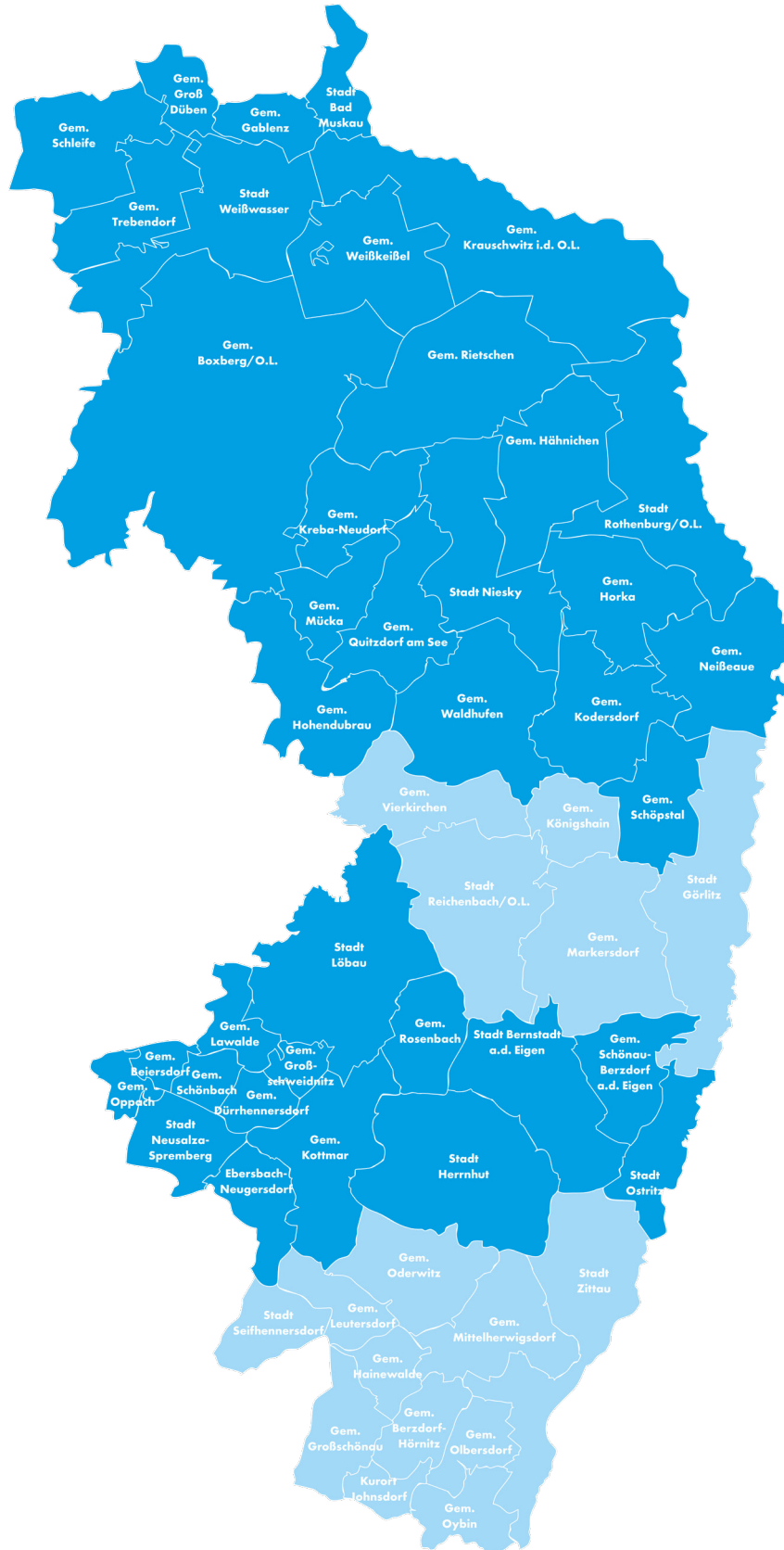
Übersicht Regionalgruppen

RG 1

RG 2

RG 3

RG 4



RÜCKBLENDE

Gruppenreise nach Berlin

Die erste Besuchergruppe aus dem Landkreis Görlitz besuchte mich Ende Mai im Deutschen Bundestag. Auf dem Programm standen ein Besuch im Wirtschaftsministerium, eine Stadtrundfahrt, ein Vortrag auf der Gästetribüne im Plenarsaal und eine Diskussionsrunde mit meinem Fraktionskollegen Dr. Hartwig und mir.



Dezidierte Fragen zur Wirtschaftspolitik und dem drohenden Ausverkauf der deutschen Wirtschaft an die Chinesen brachten die Mitarbeiter des Bürgerdialoges im Wirtschaftsministerium zum Schwitzen. Überall in Berlin weht frischer, blauer Wind. So soll es sein.

Begeistert zeigte sich die Reisegruppe über die rundum professionelle Betreuung durch den Reiseleiter Konrad Körner.



Den Abend des ersten Tages in Berlin nutzte ich, um beim Abendessen intensiv mit meinen Wählern und interessierten Bürgern ins Gespräch zu kommen. „Informativ, sehr gut organisiert und durchaus lehrreich“, so das Feedback der Teilnehmer der ersten Reise.

Die nächste Reise Ende August 2018 ist bereits ausgebucht. Anmeldungen für den 22. und 23. November 2018 (ab Weißwasser) nimmt meine Mitarbeiterin Annegret Kuhnert (tino.chrupalla.ma05@bundestag.de) gern entgegen.

Kundgebung 10. März 2018 - Zukunft Lausitz

Zukunft Lausitz - Arbeitsplätze sichern! Der AfD Kreisverband Görlitz lud dazu auf den Görlitzer Marienplatz ein und 1000 Besucher kamen. Dabei bekräftigten diese ihren Willen, mit uns gemeinsam gegen die negativen Folgen des derzeitigen Strukturwandels zu kämpfen. Sebastian Wippel eröffnete und moderierte die Kundgebung.

Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL Sachsen) ging in seiner Rede auf die Versäumnisse der sächsischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre ein. Dem Publikum machte er die Auswirkungen der verfehlten und mittlerweile komplett ideologisierten Klima- und Umweltpolitik deutlich.

Ich forderte vehement die Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft, die Sicherung und Stärkung der dualen Ausbildung und die Beendigung des Akademisierungswahns. Dies als Maßnahmen, deren Umsetzung auch in der Lausitz fundamental wichtig sind, um den Strukturwandel beherrschen zu können und um Mittelstand und Handwerk wieder auf gesunde Füße zu stellen.

Karsten Hilse (MdB Bautzen) nahm dann Bezug auf die aktuelle Energiepolitik von Bund und Land. Gerade im Hinblick auf den Norden des Landkreises (LEAG) wären die Auswirkungen für die Beschäftigten katastrophal und ein Gegensteuern sei zwingend notwendig.

Andreas Kalbitz (Landesvorsitzender und MdL Brandenburg) beleuchtete in seiner Rede die Rolle von Gewerkschaften näher. „Dem Systemerhalt verpflichtet, im Lobbyismus verstrickt und mittlerweile weit entfernt von Arbeitnehmervertretung im ursprünglichen Sinne“, so sein Credo.



Die Besucher der Kundgebung äußerten sich im Nachgang sehr positiv zu den gesprochenen Worten. Viele wünschten sich eine Wiederholung oder ähnliche Veranstaltungen, um den Kampf um die Arbeitsplätze in der Lausitz auch auf der Straße zu halten.

AfD-Bundestagsfraktion vor Ort

Noch vor wenigen Tagen klagte Sachsens Ministerpräsident Kretschmer über das mangelnde Interesse der Bürgerschaft am politischen Diskurs. „Wenn es keine Menschen mehr gibt, die sich für Demokratie engagieren, schafft sie sich ab“, so seine Worte. Einen gänzlich anderen Eindruck hatte ich bei der Veranstaltung „AfD Bundestagsfraktion vor Ort“ am Mittwochabend des 20. Juni 2018 in Mittelherwigsdorf.



Meine drei sächsischen Kollegen Siegbert Droese (Leipzig, Europaausschuss), Jens Maier (Dresden, Rechtsausschuss), Karsten Hilse (Bautzen, Umweltausschuss) und ich stellten unsere Arbeit im Bundestag vor und gaben Einblicke in die ersten neun Monate parlamentarischer Arbeit in Berlin. Dabei ging es unter anderem um Dublin IV, den desaströsen Zustand der Bundeswehr, die europäische Regulierungswut in Handwerk und Wirtschaft und um den Kohleausstieg mit dem drohenden Verlust von ca. zwanzigtausend Arbeitsplätzen in der Lausitz (Region Sachsen/ Brandenburg).

Ideengeber AfD - Kopierer CDU Sachsen

Erinnern Sie sich noch an den Sommer vor drei Jahren, als die AfD der Dauerhetze durch alle etablierten Parteien des deutschen Bundestages wegen der völlig unkontrollierten Masseneinwanderung ausgesetzt war? Wir forderten damals schon eine Verhinderung der ungebremsen Zuwanderung in unsere Sozialsysteme und einen wirksamen Schutz unserer Außengrenzen. Die Bundeskanzlerin mit ihrer Willkommenspolitik wußte es besser. Das Ergebnis sehen wir heute: Große Teile der bayrischen CSU und viele Mitglieder der CDU haben im Laufe der vergangenen Jahre die Position der AfD übernommen. Erinnern Sie sich noch an den Sommer vor drei Jahren, als die AfD unter anderem im Zuge der dritten (!) Griechenlandrettung ein klares NEIN zur Schuldenunion forderte? Der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang

Schäuble versprach die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds an einer Lösung für Griechenland und fast alle stimmten zu. Heute warnt der bayrische Ministerpräsident Markus Söder und wiederum Teile der CDU vor Versuchen, die Stabilität der Währung aufzuweichen und zusätzliche Schattenhaushalte auf den Weg zu bringen. Unabhängig von der Tatsache, daß die Stabilität des Euros schon längere Zeit fragwürdig ist, ist der Anlass der warnenden Worte von Herrn Söder wieder einmal die Bundeskanzlerin selbst. Entgegen der Absprachen mit der CSU erfüllt Frau Merkel Herrn Macrons Wunsch nach einem Budget für die Eurozone, dafür erhält Sie Unterstützung in der Asylpolitik. Also Kuhhandel auf höchster Ebene. Das sind nur zwei Beispiele auf Bundes- und Europaebene für die Übernahme politischer Zielstellungen der AfD durch täglich größer werdende Teile der CDU/ CSU. Beide Parteien erkennen für sich mit zunehmender Tendenz, dass VOLKES WILLE ganz klar und eindeutig im Wahlprogramm der AfD verankert ist.



Ärgerlich und unfair wird es aber immer dann, wenn man einerseits kopiert und andererseits die Quellen verschweigt, also geistiges Eigentum stiehlt. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer ist der offensichtliche Meister des Plagiats. Seit dem eindeutigen Ergebnis der Bundestagswahl 2017 fürchtet die sächsische CDU um ihre Herrschaft. Helfen soll die einmütige Unterstützung der selbst in Bedrängnis geratenen CSU im Koalitionsstreit um die Masseneinwanderung oder kürzer ausgedrückt: Die Übernahme der AfD-Position! Selbst vor meinen persönlich eingebrachten Vorschlägen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Lausitz macht Herr Kretschmer nicht Halt. Der vor uns stehende Strukturwandel könnte durch die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone zusätzliche Impulse erhalten - so mein Wahlkampfthema 2017. Völlig unrealistisch und natürlich nicht machbar, antwortete Michael Kretschmer damals lächelnd. „Um die Wirtschaft in der strukturschwachen Lausitz zu unterstützen, sollte eine Sonderwirtschaftszone geschaffen werden“ - so der Ministerpräsident in einem Bürgergespräch in Hoyerswerda am 17.6.2018. Lieber Michael Kretschmer, ich lächle nicht darüber, sondern nehme es sportlich, weil mir die Entwicklung der Lausitz viel wichtiger als parteipolitisches Gezänk ist.

Bürgerbüros

Wahlkreisbüro Weißwasser

Muskauer Straße 73
02943 Weißwasser

Ansprechpartner:

Annegret Kuhnert
Tel.: 03576-2196700
Fax: 03576-2186679
Mail: tino.chrupalla.ma05@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag 14:00 - 18:00 Uhr
Dienstag 09:00 - 15:00 Uhr
Mittwoch 09:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr

Wahlkreisbüro Löbau

Breitscheidstraße 42
02708 Löbau

Ansprechpartner:

Sylvia Littke-Hennersdorf
Tel.: 03585-4524124
Fax: 03585-4524123
Mail: tino.chrupalla.ma04@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag 15:00 - 18:00 Uhr
Freitag 08:00 - 11:00 Uhr

Wahlkreisbüro Görlitz

Berliner Straße 51
02826 Görlitz

Ansprechpartner:

Ramona Poniadowski
Tel.: 03581-3222212
Mail: tino.chrupalla.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag 15:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag 15:00 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunden

August

Freitag, 03.08.18 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser

Dienstag, 07.08.18 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz

Montag, 13.08.18 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Löbau

Freitag, 17.08.18 15:00 - 18:00 Uhr
Bürgersprechstunde mit Info-Mobil
Franke-Tanke, Leipziger Straße 41, 02763 Zittau

Freitag, 24.08.2018 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser

Dienstag, 28.08.2018 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz

September

Samstag, 01.09.18 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Seifhennersdorf (Eröffnungsfeier)
Rumburger Straße 22, 02782 Seifhennersdorf

Montag, 17.09.2018 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Löbau

Dienstag, 18.09.2018 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Seifhennersdorf

Freitag, 20.09.18 15:00 - 18:00 Uhr
Bürgersprechstunde mit Info-Mobil
Franke-Tanke, Leipziger Straße 41, 02763 Zittau

Freitag, 21.09.2018 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser

Oktober

Dienstag, 02.10.2018 16:00 - 18:00 Uhr
Marienplatz Görlitz

Tino Chrupalla trifft...

... MdB Stephan Brandner

bei „Unterwegs im Landkreis Görlitz“,
22.08.18, 14:00 - 22: Uhr

... MdB Dr. Roland Hartwig

bei „Unterwegs im Landkreis Görlitz“,
02.10.18, 14:00 - 22: Uhr

NEUES aus BERLIN, Ausgabe 2, Juli 2018

V.i.S.d.P. / Herausgeber: MdB Tino Chrupalla
Stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 74435
Mail: presse@tinochrupalla.de

www.tinochrupalla.de

